Deutscher Bundestag **Drucksache 15/1676**
15. Wahlperiode 10. 10. 2003

Fragen

für die Fragestunde der 65. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 15. Oktober 2003

Verzeichnis der Fragenden

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Seite

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

1. Abgeordneter **Michael Kretschmer** (CDU/CSU)

Inwieweit ist nach Auffassung der Bundesregierung die aktuelle Diskussion um die Schließung des Instituts für angewandte Chemie (ACA) in Berlin-Adlershof typisch für die finanzielle Situation in der Industrieforschung (gerade der Forschungs-GmbHs) in den neuen Bundesländern?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

2. Abgeordnete **Dr. Gesine Lötzsch** (fraktionslos)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, das Genossenschaftsrecht dahin gehend zu verbessern, dass bei einer Insolvenz – wie bei der Konsumgenossenschaft Berlin – die Einlagen der Genossenschafter (ähnlich wie beim Einlagensicherungsfonds der Banken) zumindest teilweise gesichert werden können?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

3. Abgeordneter **Klaus Hofbauer** (CDU/CSU)

Nach welchen Kriterien trifft die Bundesregierung Entscheidungen über künftige Schließungen von Bundeswehrstandorten?

4. Abgeordneter **Klaus Hofbauer** (CDU/CSU)

Gibt es Einheiten der Bundeswehr, die sowohl von den technischen als auch von den logistischen Anforderungen standortunabhängig sind, und wenn ja, können diese Einheiten aus strukturpolitischen Erwägungen in ländliche Räume oder strukturschwache Regionen verlegt werden, die von Standortschließungen betroffen sind?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

5. Abgeordneter **Dr. Klaus Rose** (CDU/CSU)

Warum ist es der Bundesregierung bisher nicht gelungen, die Bemühungen um eine Deutsche Universität Istanbul erfolgreich zum Abschluss zu bringen, wie dies mit der Deutschen Universität Kairo gelungen ist?

6. Abgeordneter **Peter Weiß (Emmendingen)** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung bei der internationalen Geberkonferenz am 23. und 24. Oktober 2003 in Madrid finanzielle Zusagen für den Wiederaufbau im Irak zu machen, und wenn ja, welche?

7. Abgeordneter **Peter Weiß (Emmendingen)** (CDU/CSU)

Für welche Projekte im Rahmen der Wiederaufbauprogramme im Irak sollen ggf. deutsche Finanzhilfen bereitgestellt werden?

8. Abgeordnete **Dr. Gesine Lötzsch** (fraktionslos)

Wie bewertet die Bundesregierung die Präsidentenwahl in Tschetschenien vom 5. Oktober 2003, und hat Bundeskanzler Gerhard Schröder sein letztes Zusammentreffen mit Präsident Vladimir Putin genutzt, um über die Situation in Tschetschenien zu sprechen?

9. Abgeordneter **Markus Löning** (FDP)

Wie steht die Bundesregierung dazu, dass viele der großen humanitären Hilfsorganisationen einen Bundeswehreinsatz in Kundus ablehnen?

10. Abgeordneter **Markus Löning** (FDP)

Wie will die Bundesregierung verhindern, dass im Falle eines Bundeswehreinsatzes unter den Augen der deutschen Soldaten Drogen angebaut und gehandelt werden und damit der Eindruck entstehen könnte, dies würde unter dem Schutz, zumindest aber mit Duldung der Bundeswehr geschehen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

11. Abgeordneter **Roland Gewalt** (CDU/CSU)

Ist die Kritik des Bundesrechnungshofes zutreffend, dass die Übernahme der Reiterstaffel der Berliner Polizei durch den Bundesgrenzschutz (BGS) erfolgte, obwohl der BGS, im Gegensatz zu den Länderpolizeien, noch wenige Jahre zuvor die Einsatzmöglichkeiten von Dienstpferden für nicht ausreichend hielt?

12. Abgeordneter **Roland Gewalt** (CDU/CSU)

Hat es zwischen der Bundesregierung und dem Berliner Senat Verhandlungen über die Überlassung von Hubschraubern des BGS zur Erfüllung von Polizeiaufgaben in der Hauptstadt gegeben, und wenn ja, zu welchem Ergebnis haben sie geführt?

13. Abgeordneter **Jens Spahn** (CDU/CSU)

In welchem Umfang bilden die einzelnen Bundesministerien junge Menschen aus?

14. Abgeordnete **Petra Pau** (fraktionslos)

Wie viele antisemitische Straftaten wurden im zweiten Quartal 2003 in der Bundesrepublik Deutschland begangen, und wie viele Opfer dieser Straftaten gab es?

15. Abgeordneter **Hartmut Koschyk** (CDU/CSU)

Welche substanzielle Kritik des Vorstandsvorsitzenden der Deutsche Bahn AG, Hartmut Mehdorn, an der bahnpolizeilichen Arbeit des BGS ist der Bundesregierung neben dessen Behauptung bekannt, immer wenn man den BGS brauche, sei er nicht da (vgl. Pressemitteilung des Bundesministeriums des Innern vom 2. Oktober 2003), und wie stellt sich die Bundesregierung hierzu im Einzelnen?

16. Abgeordneter **Hartmut Koschyk** (CDU/CSU)

Wie will die Bundesregierung sicherstellen, dass zur Fußballweltmeisterschaft 2006 in Deutschland der digitale BOS-Funk funktioniert, wenn nach derzeitiger Planung der Ausschreibung die Angebote erst Ende 2004 vorliegen sollen, und welche Alternativen sind für den Fall vorgesehen, dass der digitale BOS-Funk bis zur Fußballweltmeisterschaft 2006 nicht funktioniert?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

17. Abgeordneter **Dietrich Austermann** (CDU/CSU)

Mit welcher Begründung hält die Bundesregierung die im Vergleich zur Ich-AG ungünstige Besteuerung von Selbständigen (Steuerfreibetrag 25 000 Euro statt 16 000 Euro) für rechtlich vertretbar?

18. Abgeordneter **Dietrich Austermann** (CDU/CSU)

Wie rechtfertigt die Bundesregierung die Tatsache, dass nach einer Meldung der ARD-Sendung „Report“ vom 6. Oktober 2003, Mitarbeiter deutscher Interessenverbände aus dem Vermögens- und Finanzbereich auf deren Kosten im Bundesministerium der Finanzen an Gesetzesentwürfen arbeiten, die in Deutschland, wegen ihres nach Meinung von Sachverständigen besonderen Risikos, bisher nicht zugelassene Hedgefonds für Anleger als Investitionsmöglichkeit vorsehen?

19. Abgeordneter **Albert Rupprecht (Weiden)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, dass die Bundesregierung trotz der aktuellen Gespräche auf EU-Ebene zur EU-Strukturpolitik – Förderzeitraum 2007 bis 2013 – gegenüber der EU-Kommission noch keine Position hierzu festgelegt bzw. kommuniziert hat, und wenn ja, warum?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit

20. Abgeordnete **Ina Lenke** (FDP)

Welchen Stellenwert misst die Bundesregierung dem Wirtschaftsmarkt China und den Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China bei, und hält die Bundesregierung es für sinnvoll, jungen chinesischen Nachwuchskräften in Deutschland eine Fachschulausbildung nach deutschem oder internationalem Standard (zur Erlangung der deutschen Hochschulreife) zu ermöglichen (wie es schon bei EU-Bürgern praktiziert wird), damit diese nach ihrer Ausbildung und der Rückkehr in ihre Heimat durch die in Deutschland erworbenen Kenntnisse dazu beitragen können, die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Staaten zu fördern und auszuweiten?

21. Abgeordnete **Ina Lenke** (FDP)

Hält es die Bundesregierung für sinnvoll, den Kommunen, die von Bundeswehrstandortschließungen betroffen sind, dadurch zu helfen, dass durch den Abbau von gesetzlichen Hürden bzw. durch großzügigere Ermessensentscheidungen solventen Investoren besondere Anreize geschaffen werden, an stillgelegten ehemaligen Bundeswehrstandorten zu investieren, um so die in den von den Standortschließungen betroffenen Regionen oft starken wirtschaftlichen Verluste abzufedern bzw. aufzufangen, und erachtet die Bundesregierung beispielsweise die Einrichtung einer privaten Fachschule für junge Chinesen, die später einmal in ihrem Heimatland Führungspositionen einnehmen wollen, an einem solchen Standort für in diesem Sinne förderungswürdig?

22. Abgeordneter **Dr. Klaus Rose** (CDU/CSU)

Welchen Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung angesichts der Tatsache, dass ein Gericht die Praxis eines Unternehmens bestätigt hat, deutsche Beschäftigte durch kostengünstigere ungarische Werkvertragsarbeitnehmer zu ersetzen (vgl. Passauer Neue Presse vom 7. Oktober 2003)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung

23. Abgeordneter **Jens Spahn** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung gesetzgeberischen oder sonstigen Handlungsbedarf für den Fall, dass Bestrebungen, die Strafverfolgungsgrenze für den Besitz von Cannabis auf 15 Gramm anzuheben, erfolgreich sind (vgl. Artikel in DIE WELT vom 26. September 2003 über ein mögliches Modellprojekt in Berlin)?

24. Abgeordneter **Ernst Hinsken** (CDU/CSU)

Wie bewertet die Bundesregierung, dass nach der EU-Osterweiterung ältere tschechische Staatsbürger ihren Wohnsitz nach Deutschland verlagern können und Anspruch auf Leistungen aus dem Gesetz über eine bedarfsorientierte Grundsicherung haben, weil sie mit ihren niedrigen tschechischen Renten unter dem Grundsicherungsbedarf liegen, und was unternimmt sie dagegen?

25. Abgeordneter **Hartwig Fischer (Göttingen)** (CDU/CSU)

Ist es der Bundesregierung bekannt, dass im Falle einer ungerechtfertigten Arbeitsverweigerung durch einen Asylbewerber es den Sozialämtern der deutschen Rechtsprechung folgend verboten ist, Leistungen aus dem Asylbewerberleistungsgesetz dauerhaft zu streichen (vgl. Göttinger Tageblatt vom 28. August 2003)?

26. Abgeordneter **Hartwig Fischer (Göttingen)** (CDU/CSU)

Hält es die Bundesregierung für angebracht, dies per Gesetzgebung zu ändern, und wenn ja, warum ist dies bis jetzt noch nicht geschehen?

27. Abgeordnete **Petra Pau** (fraktionslos)

Wie hoch sind nach Kenntnis der Bundesregierung die Kosten, welche jährlich in der Bundesrepublik Deutschland durch Berufskrankheiten anfallen (bitte für die Jahre 1997, 1998, 1999 und 2000 angeben), und wie hoch werden dadurch einerseits die Berufsgenossenschaften und andererseits die Krankenkassen belastet?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

28. Abgeordneter **Manfred Grund** (CDU/CSU)

Trifft es zu, dass der Abschnitt zwischen Breitenworbis und Bleicherode in Thüringen im Zuge des Neubaus der Bundesautobahn A 38 (Göttingen–Halle) (VKE 561-4) erst 2007 und nicht wie bislang geplant 2005 fertig gestellt wird (vgl. Thüringer Allgemeine vom 17. September 2003), und wenn ja, warum?

29. Abgeordneter **Manfred Grund** (CDU/CSU)

Was wird die Bundesregierung veranlassen, um für die Dauer der Bauverzögerung die Ortsdurchfahrten der Bundesstraße B 80 vom Fahrzeugaufkommen zu entlasten?

30. Abgeordneter **Hans-Joachim Otto (Frankfurt)** (FDP)

Ist der Lückenschluss der Bundesautobahn A 66 an die Bundesautobahn A 661 im Osten Frankfurts/M. (Riederwaldtunnel), der in einer Pressemitteilung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen vom 15. August 2002 als zu reali-

sierende Maßnahme im Rahmen des Anti-Stau-Programms (2003 bis 2007) benannt wurde, weiterhin, ggf. prioritär, Bestandteil dieses Programms?

31. Abgeordneter **Hans-Joachim Otto (Frankfurt)** (FDP)

Ist die Realisierung des o. g. Projekts aufgrund fehlender Mauteinnahmen im zeitlichen Verzug, bzw. grundsätzlich gefährdet?

32. Abgeordneter **Michael Kretschmer** (CDU/CSU)

Wie bewertet die Bundesregierung, insbesondere die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsministerin Dr. Christina Weiss, den Bedarf für ein zu gründendes „Osteuropazentrum für Wirtschaft und Kultur“, und welche Defizite bestehen aus Sicht der Bundesregierung auf dem Gebiet der Osteuropaforschung in der Zusammenarbeit in Wirtschaft und Kultur zwischen Deutschland und den Staaten Osteuropas?

33. Abgeordneter **Albert Rupprecht (Weiden)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, dass die Bundesanstalt für Güterverkehr mehr als hundert Hilfskräfte zur Kontrolle der LKW-Maut eingestellt hat, die nun schon vor dem regulären Start des Mautsystems Lohn erhalten?



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83-91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 340, Telefax (02 21) 97 66 344
ISSN 0722-8333